

Lebensstadt



DIE LINKE in Solingen

Januar 2021

Milliardengeschenke auf Staatskosten

Wer zahlt für die Krise?

Uns steht ein Verteilungskampf um die Kosten der Covid-9-Pandemie bevor. Die deutsche Verschuldung wird vermutlich das Krisenniveau von 2010 erreichen. Auch wenn die Schulden erstmal nicht beglichen, sondern bestehen bleiben wür-

den; die erhöhten Zinskosten müssen beglichen werden. So oder so stellt sich die Frage: Wer zahlt für die Krise?

dem; die erhöhten Zinskosten müssen beglichen werden. So oder so stellt sich die Frage: Wer zahlt für die Krise?

allein kleinere Betriebe sind die Corona-Pandemie und die notwendigen Lockdown-Maßnahmen ein schwerer Schlag. Und es gibt andere, meist große Konzerne, die davon profitierten. Die Automobilindustrie beispielsweise, steckte bereits vor der Pandemie in der Krise. Sie produzierte mehr Autos, als die Menschen kaufen konnten und wollten. Die absurdeste und gleichzeitig häufigste Krise im Kapitalismus. Gerne nutzen die großen Automobilkonzerne, daher die Möglichkeiten, die der Staat ihnen nun eröffnet. Staatliches Geld und die Möglichkeit das Personal in Kurzarbeit zu schicken. Auf Staatskosten versuchen Automobilkonzerne ihre Überproduktion abzubauen und Personalkosten einzusparen. Dabei fällt



den; die erhöhten Zinskosten müssen beglichen werden. So oder so stellt sich die Frage: Wer zahlt für die Krise?

Was sind die Gründe für die Verschuldung?

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden weltweit Dienstleistungen und teilweise auch die Produktion in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben eingeschränkt. So auch in Deutschland. Die Dynamiken und Zwänge des kapitalistischen Wirtschaftssystems verstärken diese Krise zusätzlich. Wieso? Die Organisation der Wirtschaft ist keine vernünftig organisiert wird. Stattdessen konkurrieren verschiedene (wenige) Großbesitzer miteinander. Jeder will die größten Profite machen. Das geht nur gegen den anderen. Der Staat konnte also auch in dieser Krise nur Rahmenbedingungen setzen. Wie Unternehmen und Konzerne reagieren, soll nicht beeinflusst werden. So führte die Pandemie nicht nur dazu, dass keine neuen Waren produziert oder Dienstleistungen zeitweise eingestellt wurden, sondern Menschen verloren ihre Jobs und damit neben ihrem Einkommen auch ihre Sicherheit. Andere befinden sich noch immer in Kurzarbeit. Kleine und mittelständische Unternehmen gehen Pleite und werden teilweise von großen Konzernen geschluckt. Für viele, vor

staatliches Geld leider nicht vom Himmel, auch wenn es gerade für extrem niedrige Zinsen geliehen werden kann. Das Geld, was jetzt an große Konzerne und letztendlich an die großen Eigentümer geht, soll irgendwann zurückbezahlt werden - wohl nicht von den Empfängern.

Sind alle diese Maßnahmen richtig?

Während Konzerne wie die Lufthansa und die Profite ihrer Hauptaktionäre mit Milliarden „gerettet“ werden, gibt es in der Pflege ein neoliberales „Weiter so“. In Deutschland arbeiten knapp 400.000 Menschen, die den Pflegeberuf einmal erlernt haben, ihn aber wegen der hohen Arbeitsbelastung nicht mehr ausüben. Doch anstatt die Arbeitszeiten zu verkürzen und in öffentliche Krankenhäuser zu investieren und den Pflegeberuf dadurch wieder attraktiver zu machen, hält Gesundheitsminister Spahn am Status quo fest und versucht, den Personalmangel über Anwerbungen aus dem Ausland zu beheben. Es ist mehr als augenfällig, dass die Bundesregierung den großen Automobilkonzernen und Luftverkehrsunternehmen finanziell unter die Arme greift, und den Pflegenotstand durch bloßes Klatschen zu beseitigen versucht.

(Fortsetzung S. 2)

*Liebe Leser*innen,*

mit dieser Zeitung informieren wir Sie über das, was Sie sonst nicht ohne weiteres erfahren:

Dass das Solinger Jugendamt immer weiter die Hilfen für Erziehung zusammenspart, die hiesige AfD Nazisprüche klopft, warum Eltern in Solingen teure iPads kaufen müssen, Flüchtlinge von der Ausländerbehörde der Stadt im laufenden Verfahren abgeschoben werden sollen, wie die Stadt die erforderlichen Lohnerhöhungen bei den Reinigungskräften durch Lohnsenkung in anderen Bereichen finanzieren will, oder warum man bei „Kronprinz“ im Streik ist.

Außerdem hat DIE LINKE im Solinger Stadtrat eine gemeinsame Fraktion mit der Satirepartei Die PARTEI gegründet und arbeitet dort jetzt mit ihnen zusammen.

Wie gut das funktioniert und wie Sozialisten und Satire zusammenpassen, lesen sie im Innenteil.

Der Schwerpunkt unserer Ausgabe liegt diesmal in der Frage, wer die Corona-Krise bezahlen wird - Sie ahnen es schon: Das sind Sie!

Außerdem bringen wir Fakten aus der Welt der Milliardäre, die sich in dieser Krise dumm und dusselig verdienen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

DIE LINKE.
S o l i n g e n

Kommentar**Schuldigitalisierung muss gerecht sein**

Wie die Solinger Morgenpost am 11. Dezember berichtete, statten einige Solinger Schulen ihre Kinder nun mit iPads aus. Das Gymnasium Schwertstraße macht es vor und bezeichnet ihre Digitalisierung der Schule stolz als „Pilotprojekt“. Kaufen müssen die iPads die Eltern!

Die Geräte kosten zwischen 480 und 704 Euro. Die Krönung: Wer nicht bezahlen kann, dem bietet die Schule einen Kreditvertrag über die Santander Bank an. Dagegen richtet sich Widerstand. So schrieben Eltern des Gymnasiums Schwertstraße einen offenen Brief an die Schulleitung und beriefen sich dabei auf die Lernmittelfreiheit.

Hierzu ein Kommentar von Alexandra Mehdi von der Solinger LINKEN:

„Erst wurde sie verschlafen, jetzt wird sie in Solingen über die Köpfe von Lehrer*innen, Kindern und der Elternschaft hinweg mit teuren iPad umgesetzt. Trotz Lernmittelfreiheit kommen auf viele Eltern unzumutbare Kosten zu, gerade bei Geschwisterkindern. Denn die 3.500 von der Stadt angeschafften Tablets von der Marke mit dem Apfel sind schon an Familien im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes verteilt. Das ist gut so, reicht aber nicht aus. Denn auch wer nur knapp zu viel verdient, muss die Geräte kaufen oder über einen Kredit finanzieren.“

Alle bisher bekannten Lösungen mit Leihgeräten für Lerngruppen im Unterricht benachteiligen die Kinder, die kein eigenes iPad bekommen. Denn dann können sie zu Hause nicht damit weiterarbeiten. An der Bildung wurde lang genug gespart. Jetzt ist es an der Zeit mit echter Lernmittelfreiheit alle an den Chancen der Digitalisierung teilhaben zu lassen. Sonst geht die Schere zwischen Arm und Reich auch bei der Bildung noch weiter auf.“

(Fortsetzung von Seite 1)

Wer soll das bezahlen?

All diese Krisenkosten müssen am Ende bezahlt werden. Die teilweise noch unzureichende Unterstützung für diejenigen, die sie gerade dringend benötigen, aber auch die „Rettungs- und Konjunkturpakete“.

Wer soll das bezahlen? Wir finden: Es ist Zeit, dass endlich mal jene zahlen, die seit Jahren und Jahrzehnten profitieren, die sich sogar in der Krise dicke Dividenden auszahlen lassen – während andere um ihre Existenzgrundlagen ringen müssen. Müssten jene, die über ein Privatvermögen von über 50 Millionen Euro verfügen, von jedem Cent, den sie mehr als 50 Millionen Euro haben, die Hälfte abgeben – es kämen in Deutschland 500 Milliarden Euro zusammen. Damit hätten sie im-

mer noch 50 Millionen Euro und mehr. Kein Mensch hat sich so ein Eigentum selbst erarbeitet. Die meisten haben es geerbt, und immer beruht es auf unserer Arbeitskraft, die sie sich angeeignet haben. Sich jetzt, nach der Pandemie, einen Teil davon zurückzuholen, ist also nur fair.

Die Frage, wer die Kosten der Krise bezahlt, wird so oder so beantwortet werden. Wenn wir uns nicht einmischen und mitreden, dann steht die Antwort schon fest. Jene, die schon heute über unvorstellbaren Reichtum verfügen, werden darum kämpfen diesen, zu behalten und weiter ausbauen zu können.

Lasst uns dafür kämpfen, dass endlich jene zahlen, die seit Jahren profitieren. Such' den Kontakt zu uns und kämpfe auch Du mit uns für unsere gemeinsamen Interessen!



Kampfuniformen im Solinger Gesundheitsamt

Zu Gesundheitsthemen fragen sie ihren Hauptfeldweibel

Seit einigen Jahren zeigt sich die Bundeswehr zunehmend in der zivilen Öffentlichkeit. Sie organisiert Werbeveranstaltungen in Schulen, den Eid auf die Fahne hält sie immer öfter in der Innenstadt von Großstädten ab. Neuerdings dienen zehn Soldaten auch im Solinger Gesundheitsamt. Unterstellt sind sie nicht der Solinger Amtsleiterin, sondern Brigadegeneral Dieter Meyerhoff vom Stab der 1. Panzerdivision Oldenburg.

Wir sind nicht gegen sinnvolle zivile Einsätze von Soldaten. Was uns stört, ist die damit verbundene Demonstration aggressiver Stärke. So tragen die im Gesundheitsamt eingesetzten Soldaten statt der üblichen zivilen Ausgehuniform die Kampfuniform für militärisches Training oder Kriegseinsätze. Was soll das?

Wir möchten nicht wissen, wie politische Migrant*innen oder Flüchtlinge aus Kriegsgebieten reagieren, wenn sie wegen Corona mit dem Gesundheitsamt zu tun haben und sich ein Soldat in Kampfuniform um sie kümmert. Ein solches Verhalten ist einfach unsensibel! Wir kämpfen hier gegen einen Virus und nicht im Schützengraben.

Gegen dieses martialische Auftreten in Ge-

sundheitsämtern regt sich in einigen Städten jetzt Widerstand. In Berlin, Olpe, Pinneberg oder Frankfurt wurden die Soldaten auf Initiative der LINKEN bereits aus den Gesundheitsämtern verwiesen bzw. wird dies gerade diskutiert.

Das stört die armeebegeisterte SPD. Ihre Wehrbeauftragte Eva Högl beschwert sich über die stattfindende Diskussion: „Ich halte nichts davon, dass sich die Soldatinnen und Soldaten hinter ziviler Kleidung verstecken sollen. Ich setze mich auch dafür ein, dass sie ihren Dienstgrad am Telefon nennen dürfen. Sie sollten hörbar und sichtbar sein“.

Wozu?

Die LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft wendet. Wir sind gegen öffentliche Gelöbnisse, bei denen ganze Kompanien in Innenstädten aufmarschieren. Wir wollen keine Werbung für Armeedienst in Schulen und keine Soldaten in Kampfuniform in unseren Ämtern. Und wir fordern, dass die Bundeswehr aus Afghanistan und anderen Staaten abgezogen wird.

Was ist los bei Borbet?

Interview mit Marko Röhrig,
Geschäftsführer der IG Metall Remscheid-Solingen



*Borbet – alte Solinger*innen kennen es noch als „Kronprinz“ – ist eine der größten Firmen in Solingen. An der Weyerstraße stellen knapp 700 Mitarbeiter*innen Leichtmetallräder her und beliefern BMW, Mercedes, Ford, Porsche und Volkswagen. Der Betrieb ist in der letzten Zeit jedoch stark geprägt von Unruhen und ist ständig in den Schlagzeilen. Offensichtlich fährt das Unternehmen einen harten Kurs gegen seine Mitarbeiter*innen.*

lebensstadt: Kollege Röhrig, bei Borbet wurde im Sommer der von den Kolleg*innen gewählte Betriebsrat aufgelöst. Was war da los?

Röhrig: Das ist nicht mit wenigen Worten eben mal zusammengefasst. Einerseits gab es Uneinigkeiten unter den unterschiedlichen Listenvertretern innerhalb des Betriebsrates. Andererseits hat das Unternehmen diese Streitigkeiten befördert und zusätzlich einen Streit um das bei Borbet Solingen bewährte 4,5-Schicht-System und die dafür vereinbarten Zulagen entfacht.

Leider gab es seitens Borbet keinerlei Bemühungen und Engagement für ein vorgeschaltetes arbeitsgerichtliches Schlichtungsverfahren, so dass das Verfahren in Solingen mit der Auflösung des Betriebsrates endete. Das nahm der Betriebsrat nicht hin und zog weiter vor das Landesarbeitsgericht. Hier wurde das Urteil des Solinger Arbeitsgerichtes bestätigt. Es blieb dem Betriebsrat nur noch eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht. Der Betriebsrat ging auf „Nummer Sicher“ und leitete hiernach Neuwahlen des Betriebsrates ein, damit es nicht zu einer drohenden „betriebsratlosen Zeit“ kommt.

Zwischenzeitlich sind Neuwahlen des Betriebsrates bei Borbet Solingen erfolgt, so dass das Thema „Auflösung des Betriebsrates“ bereits überholt ist. Wir reden also über Schnee von gestern ... ! Ein neuer Betriebsrat ist im Amt. Im Übrigen wurden zahlreiche Betriebsräte bestätigt und auch wieder in den neuen Betriebsrat gewählt.“

lebensstadt: Das scheint jedoch nur eines von vielen Problemen der Mitarbeiter*innen zu sein. Borbet hat den Tarifvertrag für die Solinger Beschäftigten im Mai gekündigt und das mit „schwieriger wirtschaftlicher Lage“ begründet.

Röhrig: Genau das ist die aktuelle Auseinandersetzung, die wir derzeit bei Borbet Solingen führen. Richtig ist, dass das Unternehmen die Kündigung des Haus-/Anerkennungstarifvertrages mit der „schwierigen wirtschaftlichen Lage“ begründet. Die IG Metall hatte bereits im August hierzu zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Doch seitens des Unternehmens wurde in den letzten Monaten taktiert und auf Zeit gespielt. Bis heute hat die IG Metall jedoch nicht die eingeforderten Terminvorschläge für den Einstieg in ergebnisoffene Tarifverhandlungen erhalten. Stattdessen will Borbet bereits jetzt Zusagen, nur in eine Richtung – nämlich nach unten – zu verhandeln. Anstatt in Tarifverhandlungen einzusteigen, will Borbet hierfür Bedingungen vorgeben. Dies macht die IG Metall und die Tariff Kommission bei Borbet jedoch nicht mit. Tarifverhandlungen beginnen immer erst mal ergebnisoffen. Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten prüft die IG Metall über Sachverständige sehr genau, ob Einschnitte bei den Beschäftigten überhaupt erforderlich sind. Zudem suchen wir immer erst

mal andere Stellschrauben, bevor Beschäftigten in den Geldbeutel gegriffen wird!

Darüber hinaus geht es den Beschäftigten in erster Linie darum, wieder in die Tarifbindung zurückzukehren. Doch über Einbußen zu sprechen, bevor die Tarifbindung nicht geklärt und gesichert ist, wollen die Solinger Borbetianer so nicht mitmachen. Deswegen finden diese Woche hierzu die ersten Warnstreiks statt. Die IG Metall und die Beschäftigten wollen so der Forderung für ergebnisoffene Tarifverhandlungen Nachdruck verleihen.

lebensstadt: Es ist ebenfalls geplant, eine Arbeitszeit in fünf Schichten einzuführen. Was hat Borbet da vor?

Röhrig: Diese Frage kann vielleicht Herr von Hörsten von Borbet beantworten. So waren seitens des Unternehmens bisher unterschiedliche Schichtmodelle im Gespräch. Das besagte 5-Schicht-System wurde offenbar zu Beginn vom Unternehmen favorisiert. Zuletzt war ein 3-Schicht-System (Montag bis Freitag) ebenfalls Bestandteil des Drohszenarios seitens Borbet.

Für die Beschäftigten ist klar, dass sie am bewährten 4,5-Schicht-System festhalten wollen. Ebenfalls wollen sie die Zulagen für die Arbeit in Vollkonti nicht verlieren. Der tarifpolitische Angriff auf die Belegschaft durch die Kündigung des Tarifvertrages hängt insbesondere mit diesen beiden Themen zusammen. Offenbar hat sich Borbet hier vergaloppiert und muss nun mit der Gegenwehr der Belegschaft rechnen. Die IG Metall vertritt mit rund 500 Mitgliedern die Mehrheit der Beschäftigten bei Borbet. Und die wollen ihren Tarifvertrag zurück!

Erste Warnstreiks

*Die Gewerkschaft reagierte jetzt mit ersten Warnstreiks. Seit dem 8. Dezember wurden mehrere Schichten lahm gelegt. Obwohl die Werksleitung Streikbrechern erst 100 Euro, dann 200 Euro „Prämie“ anbot und überall im Betrieb Plakate dagegen aufhängen ließ, verliefen die Streiks mit enormer Beteiligung der Kolleg*innen.*

Ebenfalls versuchte die Werksleitung den Geschäftsführer der IG Metall zum Verlassen der Werkshallen zu bewegen und drohte ihm mit Strafanzeige.

Kollege Röhrig blieb von diesen Scharmützeln jedoch unbeeindruckt und verweilte weiter im Betrieb. „Wir haben gerade erst begonnen! Wir sind steigerungsfähig und werden das auch zeigen! Es wird Zeit, dass sich was bewegt. Wir wollen Terminvorschläge für den Einstieg in Verhandlungen. Kommen diese nicht, muss Borbet mit weiteren Arbeitskämpfmaßnahmen rechnen!“

Soziales einsparen**Jugendamt zahlt weniger**

Die „Lebensstadt“ berichtete Anfang des Jahres darüber: Es gibt immer mehr Familien, die unter sozialen und seelischen Problemen leiden. Arbeitslosigkeit, Armut auf Grund von Hartz-IV, eine belastende Alleinerziehung, Jugendkriminalität, psychische Erkrankungen eines Elternteils oder Suchtprobleme nehmen zu.

Viele dieser Familien leiden unter mehr als einem dieser Probleme. Es ist eine Frage der Chancengleichheit, sie durch die Gesellschaft zu unterstützen.

Hierzu gibt es die sogenannten „Hilfen zur Erziehung“. Das können zum Beispiel Sozialarbeiter*innen sein, die bei den Familien vorbeikommen und bei finanziellen Problemen, Auffälligkeiten der Kinder in der Schule, Erziehungsproblemen etc. beraten und Lösungen mit den Familien finden.

Obwohl diese problembelasteten Familien in Solingen immer mehr zunehmen, kürzt die Stadt seit Jahren im Millionenbereich bei den Hilfen zur Erziehung.

Dabei gibt es einen rechtlichen Anspruch von belasteten Familien auf Hilfen zur Erziehung.

Jetzt wurden die Zahlen vom letzten Jahr veröffentlicht: Bei den Unterstützungsmaßnahmen im Familien- und Erziehungsbereich wurden allein im letzten Jahr 21,2 % eingespart!

DIE LINKE fordert in ihrem Kommunalprogramm die vollständige Rücknahme der Einsparungen in der Jugendhilfe in Höhe von 5,5 Millionen Euro.

DIE LINKE.
Solingen

DIE LINKE. Die PARTEI

Fraktion im Rat der Stadt Solingen



Im Oktober haben die Ratsmitglieder der Partei DIE LINKE., Erik Pieck und Joelle Möltgen, und das Ratsmitglied der Partei Die PARTEI, Harald Schulte-Limbeck, gemeinsam in einem Schreiben an den Oberbürgermeister mitgeteilt, dass sie eine gemeinsame Fraktion bilden.

„Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit der PARTEI. Es wird auf jeden Fall interessant Politik mit einer Satirepartei zu machen, allerdings haben unsere Parteien eine große Schnittmenge gemeinsamer Anliegen.“ kommentiert Erik Pieck.

Die Ratsfraktion trägt den Namen: „DIE LINKE. Die PARTEI“.

Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Harald Schulte-Limbeck gewählt, zu gleichberechtigten, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Joelle Möltgen und Erik Pieck.

„Unter meiner Führung wird es nur harte, seriöse Turbopolitik geben und vorerst wird auf den Bruderkuss verzichtet.“ so Harald Schulte-Limbeck.

Ziel der gemeinsamen Fraktion ist ein solidarisches Solingen. „Besonders wichtig ist es uns, unsere Kräfte zu bündeln und uns auf diese Weise für eine sozialere Klingenstein einzusetzen.“ erklärt Joelle Möltgen.

Der Entscheidung, eine gemeinsame Fraktion zu bilden, war ein einstimmiges Votum auf der Mitgliederversammlung am 04.10. vorausgegangen, bei der auch zwei Mitglieder der PARTEI zum gegenseitigen Kennenlernen eingeladen waren.

Lebensstadt: Erik, wie kam es eigentlich zur Gründung einer gemeinsamen Fraktion im Rat?

Erik: Naja, leider musste DIE LINKE in Solingen – dem Landestrend entsprechend – bei der Kommunalwahl Stimmeneinbußen hinnehmen, und dadurch haben wir den Fraktionsstatus verloren. Dann kamen wir schnell auf die Idee, uns mal unter den Ratsmitgliedern nach möglichen Partnern umzuschauen. Die PARTEI kam da direkt ins Blickfeld, haben doch auch Mitglieder der LINKEN Sympathien für einen satirischen Ansatz in der Politik. Und wie sich schon nach zwei Gesprächen mit Harry und Martina bestätigte, gibt es auch noch andere programmatische Gemeinsamkeiten. Ganz vorne: Der Kampf gegen die neuen und alten Nazis.

Kurz: Wir haben das schnell unter Dach und Fach gebracht. Und auf einer Mitgliederversammlung wurde einstimmig beschlossen, die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI zu gründen.

Joelle, wie hast Du Deine männlichen Kollegen in den Fraktionsverhandlungen bis jetzt erlebt?

Joelle: Die Zusammenarbeit mit Harry und Erik funktioniert richtig gut. Sei es bei den Vorgesprächen zur ersten Ratssitzung oder bei sonstigen Treffen. Außerdem ist man es, um ehrlich zu sein, gerade als junge Kommunalpolitikerin gewohnt, sich gegen Männer durchsetzen zu müssen. Oft ist man froh wenn 2-3 Frauen anderer Fraktionen ebenfalls dabei sind, auch wenn man unterschiedliche politische Ansichten hat. Aber mit Harry und Erik habe ich da keine Bedenken.

Harry, Euer Kurzwahlprogramm für Solingen enthält Forderungen wie eine „Bier- und Döner-Preisbremse“ oder einen „Hanfgarten statt Hofgarten“.

Wie geht das mit den Solinger Sozialisten?

Harry: Die Solinger Sozialisten verstehen uns weitestgehend und unsere Kritik an der Gesellschaft sowie deren Konsum. Das Kurzwahlprogramm von der Partei Die PARTEI macht zum Beispiel auf satirische Weise darauf aufmerksam, dass wir für unsere Wähler einen günstigen Zugang zu Grundnahrungsmitteln und eine Freigabe von mehr Hanfprodukten fordern. „Sozial ist, wer regionales Bier ranschaft.“ Das versteht jeder.

Erik und Joelle, die Solinger LINKE hat 2020 ein umfassendes Kommunalwahlprogramm verabschiedet. Wie wollt ihr das mit Die PARTEI umsetzen, deren Spruch ist „Inhalte überwinden“?

Joelle: Ich war zu Beginn der gemeinsamen Fraktion auch skeptisch, ob es funktioniert, mit einer Satirepartei Politik zu machen. Allerdings hat sich schnell rausgestellt, dass sich unsere politischen Ansichten sehr ähnlich sind, besonders auf kommunaler Ebene. Des Weiteren empfinde ich die Zusammenarbeit als erfrischend unkompliziert, weil die Genoss*innen der Partei Die PARTEI dazu beitragen, dass wir den Spaß an der Politik nicht vergessen. Das tut uns richtig gut!

Erik: So ist das mit Satire. Wer versucht, diese in die Politik einzubringen, wird schnell feststellen, dass er/sie der Wirklichkeit hinterher läuft. In der Gremienarbeit kommt schnell das vage Gefühl hoch, dass Inhalte oft nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Habt ihr Eckpfeiler für eine gemeinsame Solinger Kommunalpolitik entwickelt?

Harry: Ja, wir haben viele Übereinstimmung gefunden bei unseren kommunalen Zielen, zum Beispiel Verbesserung der zukünftigen Bürgerbeteiligung, Erhalt von Freibädern, starkes Klinikum in kommunaler Hand, mehr Wertschätzung für die Pflege und Ausbau von Freifunk.

Erik: In unseren Aussagen bestehen auch weitgehend Übereinstimmungen zu den Themenfeldern Ausbau der Kinderbetreuung und flexible Betreuungszeiten in den Kitas, Rücknahme der finanziellen Streichungen bei der Jugendhilfe, Kommunale Wohnungsbaugesellschaft, Stärkung des ÖPNV, Klimaschutz und Antifaschismus.

Joelle: Wir haben uns anfangs zusammengesetzt, oder besser gesagt, via Videokonferenz besprochen, was wir für kommunalpolitische Forderungen haben. Dabei ist uns aufgefallen, dass wir uns - wenn man den Satire-Teil mal beiseite legt - politisch sehr ähnlich sind. Unsere Schwerpunktthemen (Klimaschutz, Wohnungspolitik, Antifaschismus und Co.) liegen auch den Genoss*innen von der Partei Die PARTEI sehr am Herzen. Sollten wir uns bei zukünftig aufkommenden Fragen uneinig sein, ist das ja auch vollkommen in Ordnung, schließlich lebt Politik von spannenden Debatten. Um ehrlich zu sein, wünsche ich mir schon seit einiger Zeit, dass wir mal nicht dieselben Ansichten haben und es mal wieder zu Diskussionen kommt.

Harry, Ihr wart auf der letzten Mitgliederversammlung der LINKEN dabei. Was habt ihr da erlebt?

Harry: Zunächst mal viel Abstand und Einzeltische. Wir durften uns und unseren satirischen Ansatz vorstellen, der eine Art Notwehr ist und dass man mit satirischem Spaß dem politischen Irrsinn nahe kommt. Beeindruckt hat uns die Disziplin bei der Mitgliederversammlung und das konsequente Einhalten der Parität, also zum Beispiel das abwechselnde Sprechen von Frauen und Männern.

Harry, kann Satire etwas verändern und in der Politik erreichen?

Harry: Nun, Wunder kann Die PARTEI auch nicht vollbringen, aber sie kann Aufmerksamkeit auf Missstände lenken, und es gibt Beispiele für Erfolge wie z.B. die Veränderung des Gesetz zur Parteienfinanzierung zu Lasten der AfD. Und es macht zuweilen Spaß.

Soziale Medien

Unsere Mitglieder in Solingen arbeiten ehrenamtlich. Sie arbeiten im Rat und in Ausschüssen für die Interessen der Solinger Bürger, geben diese Zeitung heraus oder gestalten Webseiten im Internet.

Wir möchten Ihnen zwei Seiten von uns nahe legen. Da ist zum einen die Homepage der Solinger Linken mit Informationen über uns und aktuellen Themen aus der kommunalen Politik. Hier finden sie aktuelle Termine, unsere Pressemitteilungen und Ratsmitglieder sowie demnächst auch unser Wahlprogramm für die Stadt.

Mit dem QR-Code kommen Sie direkt auf die Homepage dielinke-solingen.de:



Weiterhin gibt es auch eine facebook-Seite, die regelmässig aktualisiert wird und wo wir politische Kommentare, Fotos und Videos von Aktionen veröffentlichen. Sie bietet einen ersten Überblick über unsere Aktivitäten in Solingen und Links zu anderen befreundeten Webseiten. Der Link ist de-de.facebook.com/dielinkesolingen:



Nazisprüche

Solinger AfD vergleicht Menschen mit Hausmüll

Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Mitglieder der Solinger AfD wegen Volksverhetzung.

Während des Kommunalwahlkampfes bewies die Solinger AfD auf ihrer facebook-Seite ihre menschenverachtende Haltung mit Nazi-Sprüchen. In einem Beitrag zur Finanzierung des Solinger Klinikums schlugen sie eine „einfache Lösung“ vor: Man solle abgelehnte Asylbewerber abschieben!

Man müsse das alles wie beim Hausmüll bewerten, wenn dieser stinke. Da gäbe es zwei Lösungen: „Bringen Sie den Müll raus“ oder „Schaffen Sie einen Stuhlkreis, der darüber diskutiert, wie man den Gestank besser ertragen kann“. Wähle man die AfD, bekomme man die erste Lösung.

„Das überschreitet das Maß des Zulässigen“, erklärt Oberstaatsanwalt Wolf-Tilman Baumert in einer ersten Einschätzung. Momentan werde ermittelt, wer strafrechtlich für den Text verantwortlich ist.

Im Falle einer Anklage und Verurteilung drohen Tätern, die eine Volksverhetzung begehen, Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach Paragraph 130 Strafgesetzbuch. Auch wer eine solche Volksverhetzung als Schrift „verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich“ macht, kann mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Nach Angaben des Solinger Tageblatts steht die Solinger AfD selbst innerhalb ihrer Partei weit rechts. Sie gilt in ihrer Mehrheit als Anhänger des aufgelösten rechtsextremen „Flügels“ des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke.

Corona-Krise:**Finanzministerium berechnet Gesamtkosten von 1,5 Billionen Euro**

Die LINKE im Bundestag wollte im Oktober von der Regierung wissen, wie hoch die Gesamtrechnung durch „Rettungspakete“ ausfällt. Das Finanzministerium antwortete auf diese Anfrage mit einer gigantischen Zahl: Bis jetzt sind es 1,5 Billionen Euro.

„Es ist vollkommen richtig, nicht in die Krise hineinzusparen, aber falsch, sich überhaupt nicht darum zu kümmern, wer die Kosten tragen wird,“ sagte der Chef der LINKE im Bundestag Bartsch. „Wer bezahlt die 1,5-Billionen-Euro-Rechnung? Das ist eine zentrale politische Frage der kommenden Monate ... Allein die hundert Milliardäre in Deutschland besitzen heute hundert Milliarden Euro mehr als noch vor einem Jahr ... Milliardäre und Multimillionäre müssen zur Finanzierung dieser Krise relevant herangezogen werden, ansonsten droht der Kürzungshammer beim Sozialstaat und bei der Infrastruktur.“

Inflation droht!

Die Europäische Zentralbank verkündete Mitte Dezember einen zusätzlichen „Rettungsschirm“ von 1,85 Billionen Euro. Damit werden von den Mitgliedsstaaten der EU so genannte „Anleihen“ gekauft und die Staaten damit finanziell unterstützt.

Das Problem ist nur: Die Europäische Zentralbank hat das Geld gar nicht! Sie lässt es einfach „drucken“, ohne dass es dafür einen Gegenwert gibt. Damit wird das bisher vorhandene Geld weniger wert sein.

Eine Inflation wird man tagtäglich beim Einkaufen merken. Betroffen von einer Inflation sind auch Sparer und Besitzer von Lebensversicherungen oder Pensionen. Wenn sie in Rente gehen, bekommen sie weniger für ihr Ersparnis.

Es geht wieder aufwärts: Mehr Millionäre!

Wo früher im Bundestag über Millionen lange hin- und her diskutiert wurde, werden jetzt Milliarden ohne größere Diskussion bewilligt. Corona macht es möglich.

Insbesondere in der Großindustrie war das Gemjammer groß, von der Automobilindustrie bis zu den Logistikkonzernen wollte jeder staatliche Unterstützung. Früher hatte man uns immer erzählt, die Unternehmer dürften so reich sein, weil sie ja auch das „unternehmerische Risiko“ tragen würden. Von diesem Risiko will jetzt keiner mehr etwas wissen.

Das Geld sitzt neuerdings locker: mit „Förderprogrammen“, „Soforthilfen“ und „Rettungspaketen“ gibt die Regierung Milliarden aus. Allein die Lufthansa bekam 9.000.000.000 Euro, die Automobilindustrie bekam 4.800.000.000 Euro - davon die Logistikunternehmen mehr als 1.000.000.000 Euro für den Kauf neuer LKWs.

Dabei gibt es in der Corona-Zeit nicht nur Verlierer. Die Automobilindustrie freut sich gerade über erhöhte Umsätze, die Pharmaindustrie hat Milliardenverträge abgeschlossen und die großen Versandkonzerne verdienen sich eine goldene Nase.

Insbesondere die Superreichen verdienen. Sie sind die großen Gewinner einer Geldpolitik, die ihre Vermögenswerte aufbläst und zugleich für eine weitere Konzentration der Vermögen in ihren Händen sorgt. Ihre Werte lagern in Bargeld, Wertpapieren, Firmenanteilen, Immobilien und weiterem Vermögen.

In Deutschland liegen auf Platz 1 der Milliardäre die ALDI-Erben Beate Heister und Karl Albrecht Junior. Sie besitzen aktuell 34,4 Milliarden Euro, dicht gefolgt von Dieter Schwarz, dem zweitreichsten Deutschen. Der 80-Jährige ist Eigentümer von Lidl und Kaufland und besitzt aktuell Vermögenswerte von rund 30 Milliarden Euro.

Von Beruf Tochter ist Susanne Klatten. Als reichste Frau Deutschlands gehören ihr 19,2 Prozent von BMW. Der Wert ihres Vermögens beträgt

20,2 Milliarden Euro. Da muss sich ihr Bruder Stefan Quandt mit „nur“ 15,1 Milliarden Euro fast schämen.

In der Corona-Krise wird viel bestellt, da braucht es Logistik-Unternehmen, die die Waren transportieren. Klaus-Michael Kühne von Kühne + Nagel lässt in mehr als 100 Ländern 60.000 Logistikangestellte für sich arbeiten. Der Milliardär besitzt mit seinem Konzern 14,6 Milliarden Euro.

Unter den Milliardären sind aber auch Exoten, von denen man gar nicht glaubt, womit man unverschämt reich werden kann, zum Beispiel Axel „Toffee“ Oberwelling (Storck-Gruppe) oder die „Paulaner-Witwe“ Alexandra Schörghuber. Wie man sein Geld mit den Armen macht, die sich nicht viel leisten können, zeigt uns Christian Haub von der Tengelmann-Gruppe. Ihm gehören große Anteile an den Billig-Discountern Kik und Tedi.

Mittlerweile gibt es in Deutschland 119 Milliardäre, die auf ein Gesamtvermögen von 595 Milliarden Dollar kommen. Vor Corona lag diese Summe noch bei 500,9 Milliarden Dollar (2019).

Aber auch die Millionäre legten zu: Ihre Zahl hierzulande stieg um 58.000. Bisher gab es 2,1 Millionen Deutsche, die eine Million Euro oder mehr an Vermögen besitzen.

Die Corona-Krise hat die enormen sozialen Ungleichheiten unserer Gesellschaft nicht nur offengelegt, sondern vertieft. Binnen weniger Wochen standen Scheinselbstständige, Leiharbeiter*innen und Kulturschaffende vor dem finanziellen Aus, viele Studierende waren plötzlich ohne Nebenjobs. In vielen Branchen drohen Entlassungen oder dauerhafte Kurzarbeit. Die Pandemie hat die Spaltung in Stammbeschäftigte und Kolleg*innen in Zeitarbeit oder mit Werkverträgen vertieft.

Während die Folgen der Covid-19-Pandemie zahlreiche Existenzen bedrohen, wirkt Corona bei Millionären und Milliardären wie ein Reichtumsbeschleuniger. Sie besitzen die Aktienpakete, die in der Krise zugelegt haben.



Dabei ist in Deutschland der Unterschied zwischen Normalverdienern und Superreichen besonders ausgeprägt: Ein Prozent der reichsten Leute besitzen 35 Prozent des gesamten Vermögens im Land, verglichen mit 22 Prozent in Frankreich und Großbritannien. Zahlen müssen diese 1 % der Bevölkerung kaum: Die Vermögenssteuer wurde 1996 als „ungerecht“ abgeschafft.

Die LINKE fordert für die Superreichen eine einmalige Vermögensabgabe auf 10-30 Prozent des Vermögens und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Neues aus dem Reinigungsdienst der Stadtverwaltung



Zuerst das Erfreuliche: Im Frühjahr wurden alle Reinigungsfrauen der Stadt in die Einkommensgruppe 2 eingruppiert. Ihre Kolleginnen in anderen Städten hatten sich nämlich vor die Gerichte getraut und erfolgreich mehr Lohn erstritten. Der Oberbürgermeister unserer Stadt wies an, dass ab sofort auch alle Solinger Reinigungsfrauen den höheren Lohn für ihre anstrengende Arbeit erhalten. Schon lange hatten dies die betroffenen Frauen und ihr Personalrat gefordert.

Reinigung unter dem Diktat der schwarzen Null

Wir wissen, auch in der neuen Lohngruppe verdienen die Frauen keine Reichtümer. Aber das Wenige mehr, das war den betriebswirtschaftlich geschulten Vorgesetzten und Haushältern schon zu viel. Sofort wurde eine Gegenrechnung vorgelegt: Entweder müssen Reinigungsautomaten her, oder die Frauen müssen schneller und mehr reinigen, oder den Kollegen Schulhausmeistern wird Geld für Zusatzdienste weggenommen, oder noch mehr Privatfirmen dürfen in städtischen Gebäuden mit billigeren Arbeitskräften Gewinne machen. Wer bis jetzt befristet bei der Stadt geputzt hat, sollte sich darauf einstellen, demnächst den Job zu verlieren. Schöne Alternativen!

Frauenarbeit – systemrelevant, kaum anerkannt und schlecht bezahlt

In der Coronakrise sehen wir, was schon immer falsch und ungerecht lief, welche Tätigkeiten für das gesellschaftliche Leben wichtig sind und welche weniger. Kaum auszudenken aber, was uns droht, wenn 8 bis 12 Wochen keine Busse und Bahnen, keine Schulen, keine Toiletten, OP-Räume oder gar die Arbeitszimmer der Betriebsleitungen, Dezernten und Regierenden mehr geputzt würden! Ausgerechnet die Frauen (und teilweise auch Männer), die oft mit prekären Verträgen und Niedriglöhnen in Krankenhäusern, Altersheimen, Reinigungsdiensten oder Supermärkten arbeiten, halten das Land am Laufen. Fast drei Viertel der Beschäftigten in als systemrelevant erkannten

Berufen sind Frauen. Mit Ausbrechen der Coronaepidemie wurden sie wahrgenommen, beklatscht, aber weiterhin oft unterdurchschnittlich bezahlt und in betrieblichen Hierarchien mehrheitlich unten eingeteilt. Auch im Solinger Reinigungsdienst arbeiten zwar in großer Mehrzahl Frauen, die Chefs hingegen sind männlich und besser bezahlt.

Sind die Menschen nur noch Beiwerk?

Vor Jahren wurde in den Gemeinden die Kameralistik abgeschafft und in betriebswirtschaftlichen und Wettbewerbskategorien gedacht. Man findet das ebenso modern wie effizient und ist stolz, den selben Fachjargon zu beherrschen wie Kapitalunternehmen zur Bilanzierung der Gewinne und Verluste. Sozialstaatliches Denken, Wohlfahrtsziele und Orientierung an menschlichen Bedürfnissen haben in dieser Logik nichts zu suchen. Erst größere Kämpfe der Klimabewegung führten zur Aufnahme von Umweltgesichtspunkten bei politischen Entscheidungen. Vorlagen, die Rat und Ausschüsse erhalten, sind im Geist einer Unternehmenssprache geschrieben. Menschen, egal ob als Beschäftigte oder Bürger*innen, tauchen nur noch als Kennziffern, Angebot, Nachfrage und Kosten auf oder sogar gar nicht mehr.

Wir haben in anderen Städten nachgefragt, wie dort die Mehrkosten für die bessere Bezahlung der Reinigungsfrauen ausgeglichen werden und Erstaunliches erfahren: Die Kosten werden schlicht aus dem Gesamthaushalt bezahlt. Nachdem DIE LINKE umfangreiche und kritische Fragen gestellt hat, scheint die Verwaltung vorsichtiger vorzugehen: Die befristeten Arbeitsverträge sind bis Ende Juli 2021 verlängert und jetzt werden Lösungen gesucht, die die zuständigen politischen Gremien ohne allzu große Kritik passieren.

Wir fordern, dass Lösungen gefunden werden, die nicht zu Lasten der arbeitenden Reinigungsfrauen gehen. Reinigen ist eine notwendige und belastende Tätigkeit, die ihren Preis haben muss.

Gewalterfahrungen?

Opfer können Täter auch später anzeigen

Wenn Sie Opfer einer Vergewaltigung wurden, oder sexuelle Gewalt in einer anderen Form erlebt haben, sind Sie in einer seelischen Ausnahmesituation. Vielleicht haben Sie auch ein Black-Out erlebt und können sich momentan nicht genau erinnern.

Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, müssen die Entscheidung einer Anzeige des Täters nicht mehr sofort treffen. Sie können sich im Klinikum kostenfrei untersuchen lassen und die Beweismittel sichern lassen. Entsteht später der Wunsch, jetzt doch eine Anzeige zu stellen, kann frau noch Jahre später auf die hinterlegten Beweismittel zugreifen. Manche Frauen machen erst nach Jahren eine Therapie oder trennen sich erst dann vom gewaltbereiten Partner.

In Solingen vereinbarten die Frauenberatungsstelle mit der Städtischen Klinik und dem Rechtsinstitut Düsseldorf, dass Spuren nach Übergriffen oder Vergewaltigung anonym erfasst und gespeichert werden können. Hinweise wie Verletzungen, Haare oder Spermaspuren werden dokumentiert und gelagert. Betroffene Frauen können danach in Ruhe überlegen, ob sie den Täter anzeigen wollen oder nicht. Die Daten werden anonym gespeichert, die betroffenen Frauen haben 10 Jahre lang Zugriff darauf.

Nach einem Übergriff kann sich jede Frau an die Zentrale Notfallambulanz im Klinikum melden. Die Mitarbeiter*innen dort sind vorbereitet und begleiten betroffene Frauen sensibel und hilfsbereit in dieser schweren Situation. Sie sollten sich vorher nicht duschen oder waschen und die Kleidung, die sie getragen haben, mitbringen.

Die Solinger Frauenberatungsstelle unterstützt sie auf Wunsch auch nach der Tat.

Gedicht**Über die Bezeichnung
Emmigranten**

Immer fand ich den Namen
falsch, den man uns gab:
Emigranten.
Das heißt doch Auswanderer.
Aber wir wanderten doch nicht
aus, nach freiem Entschluss
Wählend ein andres Land.
Wanderten wir doch auch
nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben,
womöglich für immer
Sondern wir flohen. Vertriebene
sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das
Land sein, das uns da
aufnahm

Unruhig sitzen wir so, mög-
lichst nahe den Grenzen
Wartend des Tags der Rück-
kehr, jede kleinste Verände-
rung
Jenseits der Grenze beobach-
tend, jeden Ankömmling
Eifrig befragend, nichts verges-
send und nichts aufgebend
Und auch verzeihend nichts,
was geschah, nichts verzei-
hend.
Ach, die Stille der Stunde
täuscht uns nicht! Wir hören
die Schreie

Aus ihren Lagern bis hierher.
Sind wir doch selber
Fast wie Gerüchte von Unta-
ten, die da entkamen
Über die Grenzen. Jeder von
uns
Der mit zerrissenen Schuh
durch die Menge geht
Zeugt von der Schande, die
jetzt unser Land befleckt.
Aber keiner von uns
Wird hier bleiben. Das letzte
Wort
Ist noch nicht gesprochen.

(Bertolt Brecht, 1937)

DIE LINKE.
Kreisverband Solingen

Impressum:

lebensstadt

Zeitung der LINKEN in Solingen
Herausgeber: DIE LINKE.
Grünewalder Straße 63,
42657 Solingen
info@dieleinke-solingen.de
V.i.S.d.P.: Erik Pieck

Ausländerbehörde will Oppositionelle ausweisen**Todesurteil Abschiebung**

In einer Presseerklärung vom 17.11.20 informierten vier Oppositionelle aus Guinea, dass sie von der Stadt Solingen gezielt unter Druck gesetzt werden, damit sie sich „Rückreisedokumente“ ausstellen lassen. Dabei befinden sich die Betroffenen noch im laufenden Asylverfahren.

Die Ausländerbehörde hat die Betroffenen schriftlich und mündlich aufgefordert, sich diese Dokumente zu beschaffen. Dafür ist jetzt für sechs Monate eine Delegation aus Guinea in Essen, die die Betroffenen anhören soll und dann für ca. 250,- € pro Kopf Rückreisedokumente ausstellt, ohne überhaupt die jeweilige Identität zu überprüfen. Auf diese Weise haben die Betroffenen keine Möglichkeit, sich Identitätspapiere zu beschaffen und einen gefestigten Aufenthalt z.B. durch eine Ausbildung zu erhalten.

Guinea liegt in Westafrika und wird – gestützt durch das Militär – diktatorisch regiert. In dem Land herrschen unvorstellbare Grausamkeiten. Die Gräueltaten werden auch von Regierungssoldaten begangen, die vorher in Deutschland bei der Bundeswehr ausgebildet wurden. Nach der Präsidentschaftswahl am 18. Oktober 2020 haben Militär und Polizei Demonstrationen der Opposition zusammengeschossen. Viele Menschen wurden inhaftiert und sind verschwunden. Nach Information von Oppositionellen aus Guinea sitzen alleine in dem Gefängnis Soronkoni in der Hauptstadt Conakry über 200 Regimegegner ein. Das Außenministerium warnt vor Reisen in das Land. Viele der politischen oppositionellen Flüchtlinge sind ins Exil.

Amnesty International kritisiert in einem Bericht vom 25. Oktober 2020, Präsident Alpha Comdé würde „Friedhöfe regieren“ und fordert „die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, schnell zusammenzukommen und sich für den Schutz der Bevölkerung und für die Einleitung von Ermittlungen einzusetzen“.

Einer der Betroffenen, der namentlich ungenannt bleiben möchte, berichtet der „lebensstadt“: „Ich bin nach Deutschland gekommen, nachdem ich ansehen musste, wie mein Vater bei einer Demonstration der Opposition von Sicherheitskräften erschossen wurde ... Vor drei Wochen, nach der diesjährigen Präsidentschaftswahl, wurde nun mein Cousin von der Polizei erschossen. Sie haben ihn zu Hause aufgesucht und gezielt getötet. Wenn ich unter den aktuellen Umständen zurückkehren würde, wäre auch mein Leben in großer Gefahr.“

„An eine Rückkehr in unser Heimatland ist für uns unter diesen Umständen nicht zu denken,“ berichtet ein weiterer Oppositioneller. „Wir fordern deshalb einen sofortigen Abschiebestopp und rufen die Ausländerbehörde Solingen auf, ihre Zwangsmaßnahmen einzustellen.“

